

Ein Mahnmal schaffen, bevor unsere Schicksale ganz vergessen sind

Die VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr greift bereits vorhandene Pläne auf und wird konkret

Die Forderung an unsere Politiker und die Medien, sich für ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus einzusetzen, gibt es seitens der vielen Betroffenen nicht erst seit heute. Bereits vor Überwindung der Teilung wurde sie immer wieder erhoben und später auch stellenweise durch Gedenktafeln an den Haftanstalten oder durch Opfersteine (Paderborn) durchgesetzt. Eine zentrale Stätte jedoch vermissen wir. Ihr zutreffender Standort wäre sicherlich Berlin, weil die deutsche Hauptstadt im vorigen Jahrhundert immer wieder das Schaufenster und der Dreh- und Angelpunkt der Diktaturen war.

Sicherlich gibt es in Berlin Gedenkstätten und auch ein – wenn auch viel zu dürftiger – Teil der einstigen Mauer wurde zur Schau gestellt, aber ein zentraler Platz, der gleichsam Gelegenheit zum Trauern, Gedenken und zur Mahnung an nachfolgende Generationen gibt, ist nicht vorhanden. Dies sollte sich, so wird es von mehreren Seiten konkret gefordert, ändern, bevor die Konflikte der Gegenwart die Gräueltaten von mehr als vierzig Jahren Gewaltherrschaft ganz überlagern und niemand mehr über die Toten und die Überlebenden der stalinistischen Diktatur spricht.

Die VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr hat daher während ihrer letzten Versammlung einen Aufruf verabschiedet, den Detlef von Dechend, der Landesvorsitzende der VOS von NRW, der für den Inhalt

richtig zeichnet, zur Veröffentlichung an die Fg weiterleitete, um möglichst umfassende Zustimmung und Unterstützung zu erhalten:

Aufruf für ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland

Auf unserer letzten Mitgliederversammlung der VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen haben die anwesenden Mitglieder auf meine Empfehlung hin gerne den Aufruf für die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland unterzeichnet.

Wir alle stimmen dem Anliegen voll zu. Es ist höchste Zeit, auch die Menschen durch ein symbolisches Zeichen in der Öffentlichkeit zu ehren, die durch die Verbrechen des Kommunismus persönlich in vielfältiger Form gelitten haben und auch noch z. T. heute leiden.

4. Mai 2015, Düsseldorf
Detlef von Dechend

Ganz sicher wird der Aufruf bei allen Kameradinnen und Kameraden auf breite Unterstützung stoßen. Es wird dennoch nicht leicht werden, ihn in die Tat umzusetzen, denn beim Dachverband UOKG läuft bereits eine Initiative in dieser Sache, durch die auch schon ein anerkannter Vorlauf geschaffen werden konnte. Dieser soll nach der Sommerpause des Deutschen Bundestages zu einer Anhörung vor dem hohen Hause führen.

Anne Boges-Michels, die bei der UOKG die verantwortliche Projektkoordinatorin ist, warnt in einem Schreiben an Kamerad von Dechend jedoch ausdrücklich vor den Schwierigkeiten, die sich u. a. aus dem Unverständnis der meisten westdeutschen Politiker für dieses Projekt ergäben. Auch aus anderen Gründen wäre ein zähes Ringen unabdingbar: *Bis zum Beschluss des Bundestages bleibt es noch ein sehr langer Weg! Einerseits, weil Denkmaldebatten (meist) Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte in Deutschland beanspruchen; andererseits, weil unser Wunsch bei den Politikern zwar auf laues Wohlwollen stößt, aber kaum Begeisterung oder eine Identifikation mit den Opfern hervorruft, die zu einem aktiven Handeln führen.*

Sollte der Fall eintreten, dass in 2017 auf irgendeine Weise Die Linke in die Regierung kommt, dürften dem Projekt kaum noch Aussichten auf Erfolg beschieden sein. Ungeachtet dessen gilt auch hier der Leitspruch, der die VOSler beim Kampf um die Opferrente motivierte: *Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Tom Haltern*

Aktuell: Schock für Verband. Rainer Wagner zurückgetreten

Gut ein Jahr nach seiner Wahl hat überraschend der Bundesvorsitzende der VOS Rainer Wagner den Rücktritt von diesem wichtigen Amt bekanntgegeben.

Lesen Sie hierzu die Stellungnahme und Kommentare im Innenteil.

Meine Reaktion auf die Nachricht, die ich kurz nach der Fertigstellung der Jubiläumsausgabe 750 erhielt, hatte wenig mit Freude zu tun. Es hieß: Kamerad Rainer Wagner tritt als Bundesvorsitzender der VOS und von seinem Amt bei der UOKG zurück. Auch seinen erst kürzlich übernommenen Sitz in der Expertenkommission des Bundestages zur Jahn-Behörde habe er niedergelegt.

Ich kann das natürlich verstehen, wenn jemand aus gesundheitlichen Gründen die Aufgaben, die er angefangen hat, nicht mehr weiterführen mag. Ich habe auch keine Bedenken, dass eine VOS längere Zeit ohne einen Bundesvorsitzenden weiter existieren und seine Mitglieder betreuen kann. Wir hatten im Laufe der Jahrzehnte immer mal „Leerstände“ in unserem Führungsgremium. Die Arbeit in der Geschäftsstelle wird von Hugo Diederich auch ohne Eingreifen des Vorsitzenden erledigt werden, und die Freiheitsglocke wird bekanntlich von mir erstellt.

Dennoch bin ich der Meinung, dass jemand da sein muss, der den Verband repräsentiert und der als gewählte Führungskraft Verantwortung übernehmen kann und für den Verband einsteht. Und genau dafür ist Rainer Wagner der richtige Mann (gewesen).

In der Begründung, die nun sogar in den provinziellen Medien abgedruckt wurde und der die Tageszeitung Neues Deutschland fast zwei Spalten widmete, heißt es, Kamerad Wagner sei von außen und von innen – also auch von VOS-Mitgliedern – zu dem Schritt gedrängt worden, weil er im Jahr 2006 bei einer kirchlichen Veranstaltung in Ungarn rassistische, anti-islamische und homophobe Äußerungen von sich gegeben habe.

Natürlich kann man so etwas nicht billigen, schon gar nicht seitens unserer VOS. Rassismus und die Herabwürdigung von Homosexuellen oder Religionen dürfen bei demokratisch eingestellten Menschen nicht vorkommen. Damit werden die Grundrechte, die in unserer Verfassung festgehalten sind, verletzt. Dass so etwas nicht vorkommen darf, wird besonders von uns bekräftigt, die wir unter der

kommunistischen Gewaltherrschaft für eben diese Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingetreten sind und dies mit Haft büßen mussten.

Trotzdem hat jeder, der seine Fehler einsieht und sich auf demokratische Werte besinnt, eine zweite Chance verdient, dies ist ein Grundsatz, den man in unserer Gesellschaft oft genug zu hören und zu lesen bekommt. Leute, die gestrauchelt oder durch einen Faux-pas aufgefallen sind, nahmen die Gelegenheit wahr, sich durch Entschuldigungen und glaubhafte Erklärungen zu rehabilitieren. Ihnen kann durchaus verziehen werden, und der Weg in die Normalität ist bei entsprechender Einsicht für sie offen. Im Übrigen gibt es einige tatsächlich belastete (Ost-)Politiker, die schweren Vorwürfen ausgesetzt (gewesen) sind und die sich dennoch in ihrem Amt behauptet haben, sei es auch nur durch juristische Winkelzüge.

Auf ein Wort des Redakteurs

Die Äußerung von Rainer Wagner liegt inzwischen neun Jahre zurück. Damals war die politische Situation teilweise schon so extrem zugespitzt, wie wir dies heute global vorfinden. Man kann also nicht sagen, es war eine andere Zeit, man nahm es mit den demokratischen Grundwerten nicht so genau. Nein, Demokratie und Gerechtigkeit standen zu allen Zeiten auf der Tagesordnung. Daher wäre es sinnvoll, wenn Kamerad Wagner unmissverständlich erklärt, dass er seine damaligen Äußerungen bereut und nicht die Schuld auf diejenigen abwälzt, die seine im Internet veröffentlichte Rede ausgegraben haben.

Allerdings bin ich nicht derjenige, der über eine eventuelle Weiterführung des Amtes durch Rainer Wagner zu entscheiden hat. Ich bin vielmehr der Auffassung, dass auch andere Mitglieder ihre Meinung kundtun und ein Urteil abgeben sollen. Zugleich wehre ich mich gegen die Einflussnahme von außen. In den Meldungen und auch in Wagners persönlichen Erklärungen heißt es, er sei zum Rück-

tritt „gedrängt“ worden. Damit ist offensichtlich die Aufgabe des Vorsitzes der UOKG gemeint, denn von der VOS war bestenfalls im Nebensatz die Rede.

Muss man aber die Ämter bei VOS und UOKG nicht trennen? Die UOKG wird institutionell stark gefördert, also ist ein Eingreifen von außen vorstellbar. Die VOS ist hingegen ein unabhängiger Verband. Finanzielle Zuwendungen erhalten nur Landesgremien. Wie wir zuletzt gesehen haben, müssen wir vor allem mit dem Beschluss der Nachzahlung einer für uns gigantischen Summe fertig werden. Niemand hilft uns, und doch sind wir dabei, uns selbst zu retten. Wenn wir nun zulassen, dass unser Vorsitzender durch „Druck von außen“ zurücktritt – ohne dass wir als Mitglieder sachlich darüber diskutiert haben – zeugt das von wenig Selbstbewusstsein.

Die andere Seite der Medaille ist dann die Frage eines Nachfolgers. Unsere VOS-Vorsitzenden wachsen leider nicht an den Bäumen, so dass wir uns quasi bei Beibehaltung des Rücktritts von Rainer Wagner einen Neuen pflücken könnten. Die Bereitschaft mag bei dem einen oder der anderen vorhanden sein, aber die Voraussetzungen erfüllen nun mal nur wenige. Hinzu kommt, dass wir – aus Kostengründen – beschlossen haben, künftig die Generalversammlungen im Dreijahresrhythmus abzuhalten. Soll heißen, unser Verband würde, da die letzte Generalversammlung gerade ein Jahr zurückliegt, für zwei Jahre ohne nominellen Kopf dastehen. Das sieht bei öffentlichen Veranstaltungen oder bei Zusammenkünften mit Politikern nicht gut aus. Nach wie vor ist unsere Stimme gefragt, wenn es um die Forderungen nach Zwangsarbeitsentschädigungen, die Vererbbarkeit der Opferrente oder die Abschaffung der Halbjahresklausel geht. Dazu sollten wir alsbald wieder einen offiziell gewählten Repräsentanten (bzw. eine Repräsentantin!) haben, ansonsten wird es sowohl für uns als Verband, aber auch für die Erfüllung unserer Forderungen schwer.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite

Erinnern an zentraler und sichtbarer Stelle

Das mühsame Ringen um ein Denkmal für die SED-Opfer wird neu belebt

Redaktionsthema:

Der Rücktritt des Bundesvorsitzenden

Was wird aus dem Verband, wenn es keine offizielle Spitze gibt? 2

Viel Ratschläge, viele Zweifel

Der Bundesvorsitzende mit einer Erklärung für seinen Rücktritt 4 - 5

Es auch und vor allem um den Verband

Der Fg-Redakteur äußert sich ebenfalls zum Rücktritt des Bundesvorsitzenden 5

Opferrente: Mehr Anerkennung, mehr Geld

Karl-Heinz Genath schreibt an Siegmund Gabriel, er erhält eine Antwort von Ines Gleicke, die eines Kommentares wert ist 6

Selbstzufriedenheit ist der Killer des Fortschritts

Man sollte das Ziel der höheren Opferrente systematisch anpacken 7

Der Kaufkraftverlust ist bezifferbar

Karl-Heinz Genath schreibt auch an die Kanzlerin und bittet um die Übernahme zur „Chefsache“ 8

Wie ein Schwerverbrecher aus dem Schlaf gerissen und fortgeschafft

Das Arbeitslager für unangepasste DDR-Jugendliche ist fast vergessen 9

Er hätte mehr Würdigungen verdient

Helmut Kohl ist 85. Seine Verdienste sind groß. Ein Kommentar und ein Nachsatz 10

Putin: Zar oder Narr?

Der Präsident führt Russland in die Isolation 11

Das wirkt nicht gerade überzeugend

JBB wehrt sich gegen Oberflächlichkeit 11

Dieses Gedenken ist (uns) immer noch wichtig

Zum Todestag von Michael Gartenschläger 11

H Ä F T L I N G S S C H I C K S A L:

Das alles ist heute unvorstellbar und doch ist die Erinnerung dringend notwendig

Wolfgang Lehmann berichtet über die tiefrussische Eishölle, den Hunger und die Seuchen 12 - 13

Krieg und Haft: Überleben als Glücksfall

VOS gratuliert nach einem Fauxpas verspätet 14

Veranstaltung zum Gedenken 17. Juni

14

Ein Katalog an berechtigten Forderungen

Gruppe für Gerechtigkeit wendet sich an die führenden Politiker und Parteien 15

Kinder in sowjetischen Weltkriegsuniformen

Eine beeindruckende Gegendemonstration 16

Blitzmeldung 1

Tagebuch der Erinnerungsgedanken 8

Geburtstagshöhepunkte 8, 14

Suchmeldung 8

Verstorbene 15

Impressum 16

Zahl der Spender für die VOS ist wieder steigend

Karl-Heinz Seel, Horst Krutzsch, Jürgen Wolf, Heinz Streblov, Joachim Bergter, Erdmute und Dr. Walter Weller, Alexander Wörner, Alfred Ullmann, Wolfgang Seidel, Dr. Bernd Röhlig, Bernhard Buhr, Günther Nollau, Lutz Rathenow, Wilhelm Sperling, Peter Ruck, Fritz Schaarschmidt, Werner Stiehl, Horst Radtke, Roland Wünsche, Ingrid Wohlfahrt, Bringfried Schneider, Werner Rodeck, Klaus Feibig, Horst Lindemuth, Bernd Kleinschmager, Hans-Christian Braun, Rainer Wagner, Gerhard Wendler, Günther Kleinschmidt, Gerd Ahnert, Helmut Padel, Rudolf Tantz, Bernhard Harz, Karl Pohl, Günter Scharf, Barbara Große, Hans Koch, Erich Beier, Erik Hofmann, Horst Bode, Karl-Heinz Hammer, Rainer Hohmuth, Peter Schlegel, Dr. Peter Steinhagen, Kurt Schröder, Dr. Klaus Rintelen, Hans Steffen, Günter Lehmann, Karl-Heinz Fricke, Dieter Jakob, Klaus-Ludwig Goos, Waltraud Horn, Frank Dickmann, Heinz Noack, Helge Olvermann, Holker Thierfeld, Karl Poller, Kurt Siehl,

Michael Pahl, Jürgen Weisbach, Gerhard Bohne, Reinhard Golde, Hildegard Hutschenreuter, Manfred Stecher, Jürgen Teichert, Karl-Heinz Ulrich, Rotraut und Detlef von Dechend, Werner Modrow, Jürgen Wendler, Erika Schellenbeck, Waltraud und Johannes Rink, Christoph Becke, Christine Liszewski, Dr. Fred Mrotzek, Herta Lahne, Kurt Lange.

Allen Kameradinnen und Kameraden einen herzlichen Dank. Bitte unterstützen Sie den Verband weiterhin durch eine Spende, um die nächsten Ausgaben der Freiheitsglocke zu sichern

Hinweis zu dieser-Ausgabe

Nicht alle vorliegenden Beiträge konnten in dieser Ausgabe verarbeitet werden. Durch den Rhythmus der Doppelausgabe steht nur begrenzt Platz zur Verfügung. Die noch nicht berücksichtigten Leserbriefe werden in die nächste Ausgabe aufgenommen. AR

Vorschläge erbeten An die VOS-Mitglieder

Wie in dieser Fg auf den Seiten 4 bis 5 sowie im Redaktionsartikel (Seite 2) nachzulesen ist, trat im Mai 2015 der erst kürzlich gewählte VOS-Bundesvorsitzende Rainer Wagner überraschend von seinem Amt zurück. Da der Verband auf Dauer nicht ohne Bundesvorsitzenden bestehen kann, soll diese Position langfristig neu besetzt werden.

Hierzu bitten wir um Vorschläge für geeignete Kandidatinnen oder Kandidaten. Um auch in Zukunft eine stabile Vorstandsarbeit leisten zu können, sollten diese Vorschläge gründlich überlegt sein und gegebenenfalls in den Bezirksgruppen diskutiert werden.

Die nächste Generalversammlung findet in zwei Jahren, also im April 2017, statt. Falls schon vorher die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit einer Abstimmung bestehen sollte, könnte dies auf dem Weg der Briefwahl geschehen. Der Vorstand des Verbandes ist jedoch auch ohne Vorsitzenden voll geschäftsfähig.

*Amtierender geschäftsführender
Bundesvorstand
VOS-Bundesgeschäftsführer*

Zurückgewichen unter einem massiven Druck

Der zurückgetretene VOS- und UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner gibt eine persönliche Erklärung an die Mitglieder der Opferverbände, in der er die wesentlich Ursachen für seinen überraschenden Rücktritt benennt

Sehr geehrte Damen und Herren aus den Verbänden der UOKG, liebe Kameradinnen und Kameraden,

da mein aus gesundheitlichen Gründen erfolgter Rücktritt von allen politischen Ämtern mancherlei Spekulationen ausgelöst hat und ich den meisten von Ihnen die Hintergründe nicht persönlich erläutern kann, gleichzeitig aber immer wieder Einzelne von Ihnen, und auch Politiker und Pressevertreter nachfragen, habe ich mich zu diesen Zeilen entschlossen. Auch schreibe ich Ihnen, da ich es immer abgelehnt habe, mich in meiner Tätigkeit als Bundesvorsitzender der UOKG und zuletzt auch der VOS mit Geheimdiplomatie zu umgeben. Diplomatische Halbwahrheiten zu nutzen oder gar mit Lügen umzugehen, widerspricht meiner christlichen Überzeugung.

Wie viele von Ihnen sicherlich wissen, wurde auf mich seit meiner Wahl zum UOKG- Bundesvorsitzenden im Jahr 2007 durch selbsternannte SED-Opfer, die außerhalb der UOKG stehen, massiver Druck ausgeübt. Diese Menschen versuchten immer wieder, meine demokratische Grundhaltung und persönliche Integrität durch aus ihrem Kontext gerissenen theologischen Aussagen infrage zu stellen. Da man an mir sonst nichts fand, versuchte man, mich über meine religiösen Überzeugungen und meinen Beruf als Theologe zu Fall zu bringen. Nun, dies kannte ich schon von der Stasi in der DDR. Allerdings war ich damals jünger und deutlich gesünder als jetzt.

Glücklicherweise fanden diese Gegner, die teilweise aus rechts-extremen oder anderen anrühigen Hintertüren kamen, weder in der Politik noch bei den Opferverbänden viel Gehör. Im Gegenteil: Es traten in den letzten Jahren wichtige Opferverbände der UOKG neu bei. Das Vertrauen der Politik und der Öffentlichkeit in die UOKG wuchs, und ich selbst wurde in viele hochrangige Gremien berufen und erhielt ehrenvolle Einladungen

und Aufgaben. Unsere Erfolge, die u. a. in den Entschuldigungen von IKEA und Deutscher Bahn bei den Zwangsarbeitern, in der Ehrung von Mitarbeitern und im Anwachsen der Mitarbeiterschaft der UOKG deutlich wurden, sprechen für sich.

Diese Erfolge waren nur möglich, da die demokratischen Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen ehemals abträgliche Rivalitäten aufgaben, was auch in der Aufnahme der VOS in die UOKG deutlich wurde. Die Vorstandsvertreter, Regionalbeauftragten und Mitarbeiter brachten sich mehr als menschlich zu erwarten in die Arbeit der UOKG ein. Dafür gebührt Ihnen allen auch mein persönlicher Dank. Allerdings wurden für mich die gewachsenen ehrenamtlichen Verpflichtungen neben meinen Berufspflichten immer belastender. Seit acht Jahren gab es für mich keinen Urlaub und so gut wie keine freien Tage mehr. Die Zeit floss in die Arbeit für die Opfer. Ich habe dies alles nur dank des großen Verständnisses meiner Familie leisten können.

Durch meine Haftzeit leide auch ich unter diversen Haftfolgeschäden, die durch die gewachsenen Anforderungen belastender wurden. Selbst eine Teilverrentung und eine Kur brachten keine dauerhafte Abhilfe. Der immer massivere politische Druck und die üblen Machenschaften bestimmter Gegner taten ein Übriges, um meine Gesundheit zu untergraben. Bestimmte Herrschaften versuchten Veranstaltungen, an denen ich als UOKG- oder VOS-Vertreter mitwirkte, zu missbrauchen oder zu sprengen, brachten gefälschte Erklärungen in Umlauf und denunzierten mich immer skrupelloser. Teilweise setzen sie der UOKG und VOS wohlwollend gegenüber stehende Politiker unter Druck. Ihre Versuche, mich als Antisemiten zu denunzieren, fielen aber auf sie selbst zurück. Immerhin habe ich für das Existenzrecht Israels während des Sechs-Tage-Krieges im DDR-Gefängnis gelitten, israeli-

sche Anerkennungen erhalten und mich zu DDR-Zeiten unter großer persönlicher Gefahr gegen antisemitische Auslassungen Karl-Eduard von Schnitzlers aufgelehnt.

Unter meinen Gegnern taten sich Personen hervor, die mit kriminellen Mitteln für die Freilassung des Hitlerstellvertreter und Kriegsverbrechers Rudolf Hess eintraten, sich in rechtsextremen Gruppen und Parteien engagierten oder öffentlich Lobeshymnen auf bekannte Rechtsextreme absonderten.

Nun aber tauchte ein von mir im Jahr 2006 in Budapest gehaltener theologischer Vortrag auf. Ich war 2006 als konservativer evangelischer Theologe bei christlichen Zionisten (Israelfreunden) als Referent eingeladen. Damals hatte ich noch kein leitendes politisches Amt inne. Ich gab in dem theologischen Vortrag Tatsachen zur Geschichte und Praxis des Islams weiter, die heute, fast zehn Jahre später, als „politisch inkorrekt“ gelten. Damals aber herrschte der Krieg gegen den Terror. Deutschland stand hinter der Politik von Georg W. Bush. Salman Rushdie, Ayaan Hirsi Ali oder Prof. Bassam Tibi und andere brachten gleiche und noch deutlichere Aussagen zum Islam und seiner Geschichte in die Öffentlichkeit.

Nachdem die besagten politischen Gegner auf diesen Uraltvortrag gestoßen waren, setzten sie u. a. mit meinen unbestreitbaren damaligen Aussagen zum Islam aktive und ehemalige Politiker unter Druck, sich von mir zu distanzieren. Ich stand jetzt vor der Alternative, mich von meinen eigenen theologischen Überzeugungen zu distanzieren und mich weiter immer neuen Anfeindungen dieser Denunzianten auszusetzen oder aber den zu erwartenden Stress und gesundheitlichen Zusammenbruch, der zweifellos gekommen wäre, wenn ich meinen theologischen Überzeugungen treu bleiben wollte, hinzunehmen.

Auch war zu erwarten, dass die ständige Diskussion über Themen,

→ Seite 5 oben

die mit der Arbeit der Opferverbände nichts zu tun haben, sowohl der VOS wie der UOKG schaden würden.

In dieser Situation rieten mir erfahrene und wohlmeinende politische Freunde, mich aufgrund meines Gesundheitszustandes umgehend von allen politischen Ämtern zurückzuziehen. Ich habe dann mir nahestehende konservative evangelische Theologen um Rat gefragt. Auch hier war die Mehrheitsmeinung, dass ich jetzt auf meine Gesundheit achten müsse.

Mir ist dieser Schritt nicht leicht gefallen. In meiner Arbeit für die Opfer des Kommunismus steckte viel Herzblut. Jedoch wurde mir klar, dass ein Festhalten an meinen politischen Ämtern den Opferverbänden Schaden zufügen würde. Mich persönlich würde es gesundheitlich ruinieren.

Allerdings berührt es mich sehr, dass ein bekennnistreuer evangelischer Christ sich scheinbar nur unter Preisgabe seiner theologischen Überzeugungen oder unter Schaden für Leben und Gesundheit in einem politischen Amt halten kann. Glaubensfreiheit sieht anders aus. Ich bin den Kommunisten gegenüber nicht von meinen politischen und religiösen Glaubensüberzeugungen abgerückt. Ich werde dies auch nicht im demokratischen Deutschland tun. Ganz gleich, was der gegenwärtige Zeitgeist erwartet.

Auch wenn ich jetzt kein leitendes Amt im Bereich der Arbeit für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft mehr inne habe, stehe ich weiter zu unseren Zielen.

Ich wünsche unseren Verbänden, dass sie weiter Einigkeit halten und die Kraft beibehalten undemokratischen Kräften keinen Einfluss innerhalb von UOKG und VOS zu gewähren.

Ich danke Ihnen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihnen als Verbandsvertreter eine glückliche Hand bei der Wahl meiner Nachfolger und den Mandatsträgern Kraft und Gottes Segen für ihren Dienst der mit viel Last verbunden ist.

Rainer Wagner

Neustadt, den 18. Mai 2015

Hinweis: Bitte lesen Sie den nebenstehenden offenen Brief des Fg-Redakteurs an den scheidenden Bundesvorsitzenden der VOS.

Dieser Rücktritt schadet der ganzen VOS

Ein offener Brief an den scheidenden Bundesvorsitzenden

Lieber Kamerad Wagner, in der vorigen Fg, die mit der Nummer 750 als ein seltenes und großartiges Jubiläum in die Medienlandschaft der Nachkriegsgeschichte eingegangen ist, hast du sowohl mich wie auch die Leserinnen und Leser unserer Monatszeitschrift mit einem exzellenten Grußwort überrascht. Für mich war das einer der ehrlichsten und somit besten Beiträge, die ich in all den Jahren, die du unsere Öffentlichkeitsarbeit und unser soziales Engagement aktiv und in vielen Belangen erfolgreich mitgestaltet hast, von dir gelesen habe. Im Gegensatz zu mir, der ich fast nur von einer Monatsausgabe zur nächsten plane und der sich jedes Mal fragt, wie lange wir als Verband und ich als Redakteur noch bestehen können, hast du riesige Visionen entworfen, in denen du von einer Ausgabe 800 als realistische Perspektive und sogar von einer Ausgabe mit der Nummer 1000 geschwärmt hast.

Tatsächlich hatte ich mich kurzzeitig von diesem verführerischen Überschwang anstecken lassen. Wie ich ja auch gemeint hatte, durch deine Kandidatur zum Bundesvorsitzenden der VOS und mit deiner entschiedenen (und entscheidenden) Fürsprache für das Fortbestehen der Freiheitsglocke würde die VOS endlich einen Anker bekommen, der sie sowohl für die Stürme von außen wie auch gegen die inneren Querelen vertäut. Ich will dabei nicht verhehlen, dass ich Zweifel hatte, ob du dich nicht übernimmst, wenn du sowohl den Vorsitz der UOKG wie auch den der VOS in Personalunion ausfüllen wolltest. Aber letztlich war es so, dass wir ohnehin keinen anderen kompetenten Bewerber hatten. Aber noch mehr Hoffnung hat dein persönliches Auftreten bewirkt, mit dem du dich vor einem Jahr bei der Generalversammlung vorgestellt hast. Ich hatte dich – trotz unserer langen gemeinsamen Mitgliedschaft in der VOS – nicht persönlich gekannt. Dein Auftreten und deine Bereitschaft, sich für die SED-Opfer einzusetzen, haben mich jedoch überzeugt. Dabei spreche ich übrigens nicht nur für mich,

sondern gebe die Meinung fast aller dort anwesenden Kameradinnen und Kameraden wieder. Wir alle haben enorm große Hoffnungen in dich gesetzt, wir haben alle Optimismus empfunden. Du selbst hast für diesen Optimismus gesorgt, zumal du auch die Sorgen und Probleme kanntest, mit denen wir uns inzwischen herumschlagen.

Nachdem diese wichtige Jubiläumsausgabe abgeschlossen war und die Ausgabe in die Druckerei sollte, platzte in das Gleichgewicht, das wir nicht zuletzt durch dein Wirken und Mitwirken für die VOS geschafft zu haben glaubten, die Meldung deines Rücktritts. Die meisten von uns wussten, dass du zuvor zur Kur warst und rechneten mit dem Erstarren deiner Kräfte. Doch das war ein Fehlschluss, und es war ein äußerst irritierendes Signal für uns alle, zumal du in deiner Erklärung auf Seite 4 dieser Fg Gründe aufführst, die nur dich selbst betreffen. Du selbst kennst die personelle Konstellation im Bundesvorstand der VOS, und dir ist bekannt, dass bis zur nächsten Generalversammlung, in der die Delegierten über das Schicksal der VOS beraten können, noch zwei Jahre vergehen.

Ich habe in den gesamten Jahrzehnten, in der die VOS bestand, immer wieder Machtkämpfe und Attacken auf die jeweiligen Vorstände beobachtet. Es hat auch fast keine Perioden gegeben, in denen nicht individuelle Fehler gemacht oder aus früheren Zeiten aufgedeckt wurden. Aber wir haben im Verband immer einen Weg gefunden, wenn der Betreffende eine falsche Position korrigiert hat. Für uns alle hat immer Vorrang gehabt, welchen Standpunkt die Mehrheit in unserer Gemeinschaft vertritt. Dann erst kam (und kommt) die Meinung von Medien und Außenstehenden. Da du selbst ausführst, dass du deine früheren politischen Ansichten überdacht hast, sehe ich keinen Grund für einen Rücktritt. Du hast mit der Kandidatur Verantwortung übernommen – für diesen Verband – daran solltest du denken und dann neu entscheiden, ob du diesen Rücktritt wirklich verantworten kannst. *A. Richter*

Es wäre an der Zeit, die Opferrente auf 500 Euro zu erhöhen!

Karl-Heinz Genath erhält auf seinen Brief an Vize-Kanzler Sigmar Gabriel (SPD) erneut eine Antwort

(FG) Bereits in der vorigen Fg-Ausgabe veröffentlichten wir das Schreiben unseres VOS-Mitglieds Karl-Heinz Genath an den Vizekanzler der Bundesregierung, in dem es um die Gleichstellung der Opferrente für ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR mit den Bezügen der Opfer des NS-Staates ging. Auf dieses Schreiben hatte Kamerad Genath eine Antwort eines Mitarbeiters des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz bekommen, da Sigmar Gabriel das Schreiben von Kamerad Genath dorthin offenbar weitergeleitet hatte. Der Inhalt des Briefes wurde in der vorigen Fg veröffentlicht und kommentiert. Das Ministerium hatte sich darauf berufen, die Bundesrepublik sei nicht Rechtsnachfolger der DDR und somit eigentlich nicht verpflichtet, DDR-Opfer zu entschädigen.

Nunmehr hat Karl-Heinz Genath auf jenen Brief an den Vizekanzler abermals eine Antwort bekommen, diese stammt von der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke, die seitens der Bundesregierung die Beauftragte für die Neuen Bundesländer für Mittelstand und Tourismus ist. Kamerad Genath hat den Brief an die Bundesgeschäftsstelle der VOS weitergeleitet und die Bitte geäußert, den Inhalt den Leserinnen und Lesern zur Kenntnis zu geben. Er wird nebenstehend veröffentlicht. → OBEN MITTE

Ein Nachsatz zur Person von Karl-Heinz Genath:

Kamerad Genath beging Ende April seinen 89. Geburtstag. Er ist ehemaliger politischer Häftling der SBZ und war in Bautzen sowie im KZ-Sachsenhausen, wo er von 1947 bis 1950 unter schwersten Haftbedingungen gelitten hat.

Bundesvorstand und Redakteur danken für die aktive Mitarbeit und die Vorbildwirkung und hoffen, dass Karl-Heinz im Sinne des gesamten Verbandes und der Opfer noch lange weiter wirkt. HD/AR

Viele berührende Begegnungen mit Opfern

Staatssekretärin Iris Gleicke mit ersten konkreten Hinweisen auf weitere Verbesserungen für die Situation der Betroffenen

Lesen Sie nachstehend die Erwiderung von Iris Gleicke (im Auftrag von Sigmar Gabriel) auf den Brief von Karl-Heinz Genath sowie einen Kurzkomentar von Hugo Diederich, Bundesgeschäftsführer der VOS.

Herr Bundesminister Gabriel dankt Ihnen für Ihr Schreiben und hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Rehabilitierung von politischen Opfern der DDR/SBZ ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Ich habe in vielen berührenden Begegnungen mit Opfern aus erster Hand erfahren, welch großes Leid Menschen aus politischen Gründen in der DDR angetan wurde und entnehme auch Ihrem Schreiben Ihren persönlichen Leidensweg als ehemaliger politischer Häftling der DDR/SBZ. Darum war mir die Erhöhung der Leistungen für die politischen Opfer der DDR/SBZ, die Ende 2014 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, seit vielen Jahren ein großes Anliegen.

Der Beschluss des Deutschen Bundestags zur Erhöhung der monatlichen Zuwendung wurde einstimmig gefasst. Das unterstreicht den großen politischen Konsens, den es in dieser wichtigen Frage gibt. Ich habe Verständnis, dass Sie sich als Betroffener eine weitergehende Erhöhung vorstellen könnten. Nach meinem Eindruck ist die jetzt vorgenommene Aufstockung um 20 Prozent aber ein durchaus beachtlicher Schritt. Darüber hinaus wurden mit dem Gesetz weitere wichtige Erleichterungen beschlossen. Anders als in der Vergangenheit bekommen jetzt alle Anspruchsberechtigten die Erhöhung von Amts wegen. Eine Beantragung ist nicht mehr nötig. Dadurch wird sichergestellt, dass wirklich alle Leistungsempfänger von den zusätzlichen Mitteln profitieren.

Der Deutsche Bundestag hat in einer Entschließung, die zusammen mit der Erhöhung der monatlichen Leistungen beschlossen wurde, die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern weitere Verbesserungen zu prüfen. Hierbei geht es darum, die bisher

geltende Antragsfrist zu streichen, die Möglichkeit einer mündlichen Anhörung der Antragssteller zu schaffen und einen Gutachterpool einzurichten, in dem besonders geschulte Gutachter, die sich mit der spezifischen Situation der ehemaligen Häftlinge auskennen, erfasst werden.

Ich werde mich als Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer dafür einsetzen, dass diese Prüfung so schnell wie möglich durchgeführt wird und ggf. weitere Erleichterungen und Verbesserungen für die Betroffenen ermöglicht werden. Iris Gleicke

Ich wünschte mir mehr Feingefühl

Ein Kurzkomentar

Ich finde, dass die Antwort von Iris Gleicke, im Auftrag des stellvertretenden Bundeskanzlers, Herrn Sigmar Gabriel, doch mit schneller Tinte geschrieben wurde. So bemängelt Karl Heinz Genath, inzwischen 89 Jahre alt und unter schwersten Bedingungen in Bautzen und Sachsenhausen inhaftiert, dass nach sieben Jahren 50 € Erhöhung zu wenig sind. In dieser Zeit hat die Inflation diese Erhöhung zum größten Teil schon verschluckt. In der Antwort heißt es: eine Erhöhung von 20 %. So antworten Versicherungsverkäufer wenn sie eine Lebensversicherung verkaufen wollen, nicht aber Menschen die die Geschicke unseres Landes leiten. Dann schreibt sie „Eine Beantragung ist nicht mehr nötig. Dadurch wird sichergestellt, dass wirklich alle Leistungsempfänger von den zusätzlichen Mitteln profitieren.“ Es ist merkwürdig, dass sich immer noch Opfer der SBZ/DDR melden, die diese Opferrente nicht erhalten. Von Amts wegen heißt es doch: Jeder, der die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, müsste diese Opferrente erhalten. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen, hier wünschte ich mir mehr Feingefühl und Sorgfalt den Vorkämpfern der Demokratie gegenüber. Hugo Diederich

VOS- Bundesgeschäftsstelle

→ weitere Kommentare auf Seite 7 / 8

Die Initiativen Einzelner verhalten wie Rufe in der Wüste

Wie kann man welche Verbesserungen für die Opfer der SBZ- und DDR-Haft erreichen?

Papier ist geduldig, so heißt es im Volksmund. Viele Probleme, Sorgen und Anträge, die auf Papier festgehalten wurden, sind im Laufe von Jahrhunderten in einer Mappe oder in einem Korb gelandet und dann verstaubt und verschwunden. Fragen muss man, wird es den politischen Opfern des kommunistischen Regimes mit ihrer Forderung nach einer weiteren Verbesserung der Opferrente ebenso ergehen? Rein statistisch sieht es so aus, dass mit der Erhöhung um 50 Euro nunmehr kein Grund für weitere Ansprüche existiert: Die Opferrente wurde sieben Jahren nach ihrer Gewährung um 20 Prozent erhöht. Das ist weit mehr als der Zuwachs der Altersrente im gleichen Zeitraum.

Müssen sich die Bezieher trotzdem schlecht behandelt fühlen, und müssen sie weiterhin Briefe an die Politiker schreiben, in denen sie noch höhere Bezüge fordern? Und müssen sie sich echauffieren, dass diese Briefe genau genommen immer die gleichen, leicht modifizierten Floskeln, Ausreden und Vertröstungen enthalten?

Eines ist klar: Wenn sich niemand echauffert bzw. sich mit dem Erreichten zufrieden gibt, entsteht allgemein Stillstand, die Gesellschaft würde sich nicht mehr voran bewegen. Selbstzufriedenheit ist der Killer des Fortschritts. Demnach kann also niemand etwas dagegen haben, wenn sich einzelne VOS-Mitglieder aufraffen, um trotz eines positiven statistischen Wertes bei der Opferrentenentwicklung auf weitere Nachbesserungen zu pochen. Und es ist klar, dass sich die Initiatoren der Nachfragen nicht mit Allgemeinsätzen abfinden und dass sie es nicht hinnehmen wollen, wenn ihre Briefe auf Papierstapeln verstauben oder in irgendwelchen Mappen unter Langzeitverwahrung bleiben sollen. Es ist also durchaus begrüßenswert, wenn sich immer wieder Einzelne – wie Karl-Heinz Genath – aufraffen und darauf aufmerksam machen, dass die Opfer der politischen Haft im SED-Regime nach der Entlassung – egal ob in den Westen oder zurück in die DDR – mit leeren Händen dastanden.

Denn wer immer diese Haft hinter sich gebracht hat, war anschließend benachteiligt. Keineswegs war er denen gleichgestellt, die in der Gesellschaft Fuß gefasst hatten und regelmäßig ihre Rentenbeiträge einzahlen konnten. Und ganz gewiss muss man hier anmerken, dass die Länge der Haft eine untergeordnete Rolle spielte. Wer einmal aus der Bahn geworfen war, für den war ein Neuanfang schwer. Daher wäre es wichtig, endlich das Haftlimit von sechs Monaten abzuschaffen. Man kann es durchaus als schmerzlich bezeichnen, dass ehemalige politische Häftlinge, die nicht dieses halbe Jahr Haft vorweisen können, von der „Besonderen Zuwendung“

Ein Gutachter kann in der Theorie noch so hoch „geschult“ und ausgebildet sein, er wird nicht annähernd begreifen und nachvollziehen, was politische Haft in der SBZ/DDR überhaupt bedeutet hat und wie belastend es ist, nach so vielen Jahren wieder darüber sprechen zu müssen.

ausgeschlossen werden. Für sie war eine Wiedereingliederung oder ein Neubeginn nicht leichter als für jemanden, der drei oder sechs Jahre inhaftiert war. Ganz offensichtlich ist das noch nicht ausreichend in die Argumentation seitens der Opfer einbezogen worden.

Eine weitere grundsätzliche Forderung ist Vererbbarkeit des Anspruchs auf die Opferrente auf Hinterbliebene. In der Fg ist schon mehrfach darauf hingewiesen und in Äußerungen von Betroffenen festgestellt worden, dass die Ehepartner von Haftopfern oft nicht minder gelitten haben als die Inhaftierten selbst. Es wäre möglich, zumindest einen Schnitt zu machen und einen Stichtag für Eheschließungen einzuführen. Dieser könnte der 31. Dezember 1989 sein.

Unerlässlich ist die Forderung nach einer deutlichen Vereinfachung der Anerkennungsverfahren von haftbedingten Gesundheitsschäden. Der Gesetzgeber hätte allerdings die Möglichkeit, durch eine Erhöhung der Besonderen Zu-

wendung auf 500 Euro (ohne Einschränkung durch die Einkommen) die Gesundheitsschäden generell abzugelten und nur besonders drastische Fälle durch Gutachter beurteilen zu lassen. Man weiß, auch Gutachter haben ihren Preis. Die Summe ihrer Honorare wäre sinnvoller verwendet, würde man sie in den Fonds der Opferrente leiten.

Ohnehin ist es der völlig falsche Weg, zusätzlich Gutachter einführen zu wollen. Was seitens der ehemaligen politischen Häftlinge bisher über Erfahrungen mit Gutachtern berichtet wird, ist beängstigend. Die Betroffenen stehen unabhängig von der „Geschultheit“ der Gutachter unter unbeschreiblicher Spannung und können oft nicht erklären, wie es ihnen geht und was sie wirklich durchgemacht haben. Es ist ohnehin nicht zumutbar, die Erlebnisse der Haft immer wieder aufrollen und erklären zu müssen. Ein Gutachter kann in der Theorie noch so hoch „geschult“ und ausgebildet sein, er wird nicht annähernd bereifen und nachvollziehen, was politische Haft in der SBZ/DDR überhaupt bedeutet hat und wie belastend es ist, nach so vielen Jahren wieder darüber sprechen zu müssen.

Die VOS hingegen muss man auffordern, endlich auch als Verband und Vertreter der Opfer gezielt aktiv zu werden. Die Initiativen Einzelner verhalten wie Rufe in der Wüste. Was man als Verband allein nicht schafft, kann man im Schulterschluss mit den Vertretern anderer Interessengruppen besser verwirklichen. Die Stichworte heißen Netzwerke, regelmäßige Zusammenkünfte und Kontaktpflege mit den Beauftragten der Bundestagsfraktionen, worüber man Protokolle anfertigt. Diese Schritte sind keine weltbewegenden Dinge, sondern Methoden, die überall genutzt werden. Und Politiker sind Volksvertreter, die auch freiwillig für die Diktatur-Opfer etwas tun möchten. Man muss sich nur hinreichend mit ihnen in Verbindung setzen, und man muss es beginnen oder das bereits Begonnene fortführen. Mehr nicht.

So schwer kann das nicht sein.

Valerie Bosse

Kaufkraftverlust 2014 bei 30,61 Euro

Ein weiterer Versuch, die Opferrente zu verbessern, diesmal in Richtung Bundeskanzlerin

Karl-Heinz Genah, inzwischen 89 Jahre, ist unermüdlich, wenn es darum geht, die Leistungen für die ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ/DDR realitätsgerecht anzuheben. Nachdem er bereits mehrere Politiker angeschrieben und nicht den gewünschten erreicht hat, unternahm er den nächsten Schritt und wandte sich mit einem ausführlichen und aussagekräftigen Brief an Kanzlerin Merkel, in dem er darum bittet, dass die Kanzlerin die Opferrente zur „Chefsache“ macht. Im Interesse der Leserinnen und Leser drucken wir den Inhalt ab:

Mit großem Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass in das Regierungsprogramm der CDU/CSU-SPD eine Erhöhung der Opferrente aufgenommen wurde. Die Zusage wurde eingelöst mit einer monatlichen Erhöhung von 50 € doch nicht mal für alle politischen Häftlinge. Nach über sieben Jahren lediglich eine Anhebung von 50 € und die nicht einmal rückwirkend.

Nach mehr als 25 Jahren Mauerfall ist es an der Zeit, die Opfer des SBZ/SED-Regimes mit den Opfern des NS-Regimes gleichzustellen, denn beide Gruppen sind Opfer von Diktaturen, die gleiche Verbrechen begangen haben. Eine Anhebung der Opferrente auf mindestens 500 € monatlich erscheint doch mehr als gerecht. Zumal vor Jahren schon von verschiedenen Politikern und auch Parteien Anträge auf eine Opferrente von 500 € eingebracht wurden. Die Leistung sollte dann in Ehrenrente/ Ehrenpension umbenannt werden.

An Geld kann es wohl nicht fehlen, denn die Steuereinnahmen sind doch unerwartet hoch. ... Die Anhebung der Opferrente würde den Staat ca. 60 Millionen Euro kosten. Sollten das die Opfer nicht wert sein, denn sie haben ja mit dazu beigetragen, dass die Wiedervereinigung möglich wurde. Darauf hinweisen möchte ich, dass sich im Laufe der Zeit die Kosten verringern werden, da viele Betroffene bereits ein hohes Alter erreicht haben. ... Anzumerken ist, dass der Kaufkraftverlust der Opferrente Ende 2014 bereits 30,61 € betrug (Quelle: Verbraucherindex des statistischen Bundesamtes), das ergibt eine Kaufkraft von lediglich noch 219,39 €. Dem Bundesministerium für Verbraucherschutz liegt ein Schreiben vom Bundesvorstand der VOS vor, in dem die Forderungen und Wünsche der Opfer des SBZ/DDR-Regimes zusammengefasst sind.

Wir wünschen uns sehr, dass darüber umfassend verhandelt wird. Da es sich insgesamt um viele Themen handelt und es nicht mehr weiter geht, bitte ich Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Angelegenheiten der Opfer des SBZ/DDR-Regimes zur „CHEFSACHE“ zu machen. Die Opfer werden es Ihnen danken.

Karl-Heinz Genah (Brief leicht gekürzt)

Aus dem Gedanken-Erinnerungsbuch

Ich erlebte einst den SED-Geist, der das Gegenteil von Wohlgeschmack und positiver Erleuchtung ist und mir bis heute als dumm-dumpfes Geschwafel der (schein)heiligen Hirten einer sternenlos stalinistischen Himmelsscheibe erscheint.

Andreas Kaiser, Gedanken- und Grafikakrobat

Wer kann helfen?

Zeitzeuginnen aus Hoheneck gesucht

Gab es wirklich eine Wasserzelle?

In seiner Dresdner Dissertation über das Zuchthaus Hoheneck kommt Sebastian Lindner auch auf die Wasserzellen im Keller zu sprechen. Er hat ehemalige Vollzugsbeamte in Hoheneck („Wachteln“) befragt, die die Existenz solcher Zellen rundweg bestritten, und ehemalige Häftlinge, die aber solche Zellen auch nur vom Hörensagen kannten.

In der Facharbeit (2010) der Abiturientin Andrea Hornsteiner am Städtischen Theodolinden-Gymnasium in München im Fach Geschichte wird der Fall einer Häftlingsfrau geschildert, die tagelang in einer Wasserzelle eingesperrt war. Bisher konnte die Existenz solcher Wasserzellen zweifelsfrei nicht nachgewiesen werden. Deshalb bitten wir ehemalige Häftlinge von Hoheneck, die entsprechende Erfahrungen gemacht haben, sich bei Sebastian Lindner zu melden, dessen Dissertation unmittelbar vor der Fertigstellung steht und der das Thema gern mit authentischen Berichten behandeln möchte.

Adresse: Sebastian Lindner, Franklinstraße 15,
01069 Dresden, e-mail: sebastianlindner23@web.de.

Jörg Bernhard Bilke

Besondere Geburtstage

Vier 90-Jährige im Juni und Juli

Genoveva Behrendt (25. Juli), Gerhard Meinel (26. Juni), Klaus Noack (3. Juli) und Hans Stein (28. Juli) bekommen Glückwünsche zum 90. Geburtstag.

Erwin Duschnat wird am 2. Juli 89 Jahre. Reinhold Irimi wird am 25. Juli 88 Jahre. Siegfried Grulke hatte am 10. Juni Geburtstag und wurde 87 Jahre. Den 86. Geburtstag erlebte Max Seiler am 15. Juni. 85 Jahre werden Heinz Essig und Herbert Prieu am 10. Juni, Willi Schmitz und Klaus Scheffel am 13. Juni, Erich Lester am 21. Juni, Fritz Szova am 28. Juni, Hans-Georg Müller am 21. Juli, Hans Vierroth am 1. Juli, Klaus Muder am 2. Juli, Walter Böttner am 10. Juli, Alfons Heller am 12. Juli, Lothar Ech und Joachim Gietzel am 13. Juli, Hans-Georg Müller am 21. Juli und Hans Bachmann am 11. Juli. Dieter Berger wird am 5. Juli 76 Jahre. Hugo Stützer (am 28. Juli), Hans-Dieter Barthel (14. Juli) und Klaus Fischer (8. Juli) begehen den 75. Geburtstag. Elke Pape wurde am 21. Juni 71 Jahre. Peter Hellmund (26. Juni) und Eberhard Fink (26. Juli) begehen ihren 70. Geburtstag. 80 Jahre werden Helga Gersten am 8. Juni, Udo Jahr am 21. Juli und Margarete Gebhardt am 24. Juni. Petra Ostrowski (18. Juli) und Michael Pahl (15. Juni) sind 50 Jahre jung. Claudia Hellström ist am 15. Juni 55 Jahre. Roswitha Hesse wurde am 16. Juni 60 Jahre. Holger Pöllmann (24. Juni) und Maria Walther (13. Juli) werden 65 Jahre. Peter Liebaug erreichte dasselbe Alter am 26. Juni. 75 Jahre sind Brunhilde Walli (26. Juni) und Axel Kunkel (31. Juli). Einen Tag danach gratulieren wir Margot Loh, die ebenfalls 75 wird. 60 Jahre wird Dietrich Haesler (30. Juni). Lutz Becker wird am 2. Juli 55 Jahre. 65 Jahre werden Jochen Mahmert (9. Juli) und Günter Schramm (10. Juli).

Allen Jubilaren ganz herzliche Wünsche für Kraft, Gesundheit und weitere viele Jahre.

VOS-Bundesvorstand und Redakteur

Als Minderjähriger in ein geheimes Arbeitslager verbracht

Rainer Buchwald setzt sich unablässig für die Aufarbeitung der Gewalt gegen Jugendliche ein

Rainer Buchwald ist seit dem vorigen Jahr Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der VOS. Den Kameradinnen und Kameraden unseres Verbandes ist er allerdings schon länger bekannt, denn er legte in unregelmäßigen Abständen immer wieder Beiträge für die Fg vor, die mit großem Interesse gelesen werden.

Als Opfer der SED-Diktatur gehört Rainer Buchwald einer *Kategorie* an, über die noch weniger informiert wurde als über die einstigen Gefangenen der Speziallager oder die Inhaftierten aus den nachfolgenden Jahrzehnten der DDR. Er war als Minderjähriger in das geheime Jugend-Arbeitslager Rüdersdorf (bei Berlin) verbracht worden, das noch unwürdigere Bedingungen aufwies als die berüchtigten Jugendwerkhöfe. Die Einweisung erfolgte ohne Gerichtsurteil und ohne die Möglichkeit, sich zu verteidigen. Demnach lässt sich der Vorgang heutzutage nur schwer durch Dokumentationsmaterial belegen. Nachweise ließen sich, wenn überhaupt, in den Kaderakten der Betroffenen finden, denn diese begleiteten jeden „Werk-tätigen“ während seines gesamten Lebens im SED-Staat.

Für die Aufarbeitung ist es daher umso wichtiger, dass Zeitzeugen, die bereits als Jugendliche Opfer der staatlichen Gewalt wurden, über ihre Schicksale berichten und damit auch denen helfen, die nach der Entlassung nicht in ein unbelastetes DDR-Leben hinein fanden. Dieser Opfergruppe steht – im Sinne der sozialen und politischen Gerechtigkeit – zumindest eine gleichgeartete Entschädigung zu, wie sie andere Opfer des politischen Systems erhalten.

Über das spezielle Schicksal von Rainer Buchwald wurde im März in der Berliner Zeitung berichtet, und zwar in einem Artikel, der ohne jede Verharmlosung oder Dramatisierung sowohl auf Rainer Buchwald wie auf die schlimmen Zustände in der DDR insgesamt eingeht. Nachlesen kann man hier, dass Kamerad Buchwald – damals gerade 16 Jahre – wegen des Tragens langer Haare und des Abhörens von westlicher Beat-Musik wie ein Schwerverbrecher aus dem

Schlaf gerissen und unter direkter Bedrohung mit der Maschinenpistole Kalaschnikow in das besagte Arbeits- und Erziehungslager Rüdersdorf geschafft wurde, wo er mit weiteren „Straftätern“ derselben Kategorie schlimmsten Bedingungen ausgesetzt war. Unter anderem musste er in einem Steinbruch und an einem brüllend heißen Drehroh-rofen des angeschlossenen Zementwerkes Schwerarbeit verrichten oder mit bloßen Händen, die schweren Kipplaster mit Kalksandsteinen beladen. Wer nicht spurte oder an Flucht dachte, der bekam die gnadenlose Gesinnung der Wärter zu spüren. Es gab keinen Zweifel, dass im Falle eines Fluchtversuches von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden würde.

Die Unterbringung war den üblen Arbeitsbedingungen angemessen: Zu zwölf in einem Raum, keine separate Toilette, nur kaltes Wasser zum Waschen.

Nach acht Wochen wurde Rainer Buchwald aus dem Lager entlassen. Er erhielt eine Zugfahrkarte und *durfte* zurück nach Berlin. Er nahm eine Erfahrung mit, auf die er gern verzichtet hätte, über die er aber auch bis zum Fall der Mauer mit niemandem sprechen durfte. Einige Zeit später lernte er dann den „richtigen“ Knast kennen, als er wegen Staatsverleumdung verurteilt wurde. 1977 begann er in einem regulären Beruf zu arbeiten, er wurde Schmied und blieb von persönlichen politischen Drangsalierungen weitestgehend unbehelligt.

Die Erinnerungen an die Quälereien sind jedoch ebenso geblieben wie die Tätowierung (siehe Foto) auf seinem Handrücken, mit der er zwischen sogar im heißesten Modetrend liegt. Geblieben ist auch die Traumatisierung, die er wohl niemals mehr loswerden wird.

Immerhin, den Kampf um eine gerechtere Entschädigung und eine

wahrheitsgetreue Aufarbeitung der Diktatur hat sich Rainer Buchwald (Foto) zur persönlichen Aufgabe gemacht. Er fühlt sich der VOS verbunden, er geht zu Veranstaltungen, wo man sich mit der Diktatur auseinandersetzen will und möchte anderen Opfern helfen. Zuweilen wird er auch eingeladen, um vor Interessierten über sein Schicksal und das seiner Gefährten zu berichten. Mittlerweile hat er



sich sogar im journalistischen Sektor profiliert und gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Christian Sachse eine Broschüre mit dem Titel „Durchschnittlich intelligent und sehr vergammelt“ herausgebracht. Hier erfährt man auch einiges mehr über die Zusammenhänge der Einzelschicksale und den politischen Gegebenheiten.

Großen Einfluss auf die Drangsalierungen der vielen westlich eingestellten Jugendlichen hatte das von SED-Generalsekretär Ulbricht eingefädelt berüchtigte 11. Plenum des Zentralkomitees der SED aus dem Jahr 1965. Auf dem Plenum, an das man sich bis heute mit Unverständnis und Grauen erinnert – wurden ungewöhnlich harte Direktiven und das gewaltsame Vorgehen gegen Abweichler und West-Sympathisanten beschlossen. Die SED machte sich mit diesem Plenum alle nachfolgenden Generationen zum endgültigen Feind.

Die Broschüre kostet 7 Euro zzgl. Versand und ist erhältlich über die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, 034 21 71 42 03 oder über info@jugendwerkhof-torgau.de.

Tom Haltern

Die einst versprochenen „blühenden Landschaften“ gibt es nun

Altkanzler Helmut Kohl beging seinen 85. Geburtstag, wurde aber nur mäßig gewürdigt?

Als politisch interessierter Bürger der einstigen DDR habe ich mich als annähernd Gleichaltriger seit der Wahl von Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler im Jahr 1982 immer für dessen politische Auffassungen und Äußerungen interessiert, zumal er mit Hannelore Kohl verheiratet war, die ja die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit im Osten Deutschlands ebenfalls erlebt hatte.

Damit ging ich davon aus, dass er die Befindlichkeiten und die Situation der Deutschen aus dem Osten bzw. aus der DDR besser verstehen konnte als solche Politikerinnen und Politiker, die in ihrem Leben keine Berührungen mit den Landsleuten auf der anderen Seite der Mauer gefunden haben.

Eine Privatreise, die er 1988 mit seiner Familie in die DDR unternahm, bezeichnete Helmut Kohl als „eine der bewegendsten Reisen“ seines Lebens. Und es war in der Tat ein wahrer Glücksfall für uns Menschen in der DDR, dass er 1989 den sowjetischen Parteichef Michael Gorbatschow persönlich kennen lernte und damit diesem (damals) einzigartigen Reformier innerhalb des Ostblocks wesentliche Impulse und Hinweise gab. Gorbatschow ging auf die Wünsche und Absichten Helmut Kohls ein und respektierte den Willen der Deutschen nach Einheit und Freiheit.

Später, 1990, setzte Helmut Kohl entgegen dem Widerstand des damaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank und trotz der Zweifel einiger Abgeordneter aus anderen Fraktionen im Bundestag die Währungsreform durch, so dass die Deutsche Mark alsbald zum Zahlungsmittel in den Neuen Bundesländern wurde. Damit entsprach er den Wünschen der meisten Menschen in den Neuen Bundesländern und gab dem neu entstehenden gesamtdeutschen Wirtschaftsgefüge Halt und Stabilität.

Inzwischen gibt es im Osten Deutschlands die damals versprochenen „blühenden Landschaften“ längst. Der wirtschaftliche Aufschwung hat seinen Lauf genommen, der Lebensstandard hat sich ebenso entwickelt wie die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung.

Mich verwundert daher umso mehr die vergleichsweise geringe Anerkennung der einmaligen politischen Verdienste von Dr. Helmut Kohl in der ostdeutschen Öffentlichkeit, speziell in deren Medien anlässlich seines kürzlich begangenen 85. Geburtstages. Als Vater der deutschen Einheit und als einer der Gründungsväter

des gemeinsamen Hauses Europa hätte Helmut Kohl, dem wir Deutschen in Ost und West viel zu verdanken haben, mehr Anerkennung verdient – eigentlich, und das meine nicht nur ich, müsste er den inzwischen an manche gar nicht unbedingt würdige Empfänger verliehenen Friedensnobelpreis bekommen.

Dr. Heinz Schneider

Ein Nachsatz zu diesem Beitrag

Kamerad Heinz Schneider (Foto: mit seiner Ehefrau, © privat) ist uns nicht zuletzt durch sein aufschlussreiches Buch über die skurrilen Zustände in der DDR „Die Absurdität des Normalen“ bekannt, das in Kürze in erweiterter zweiter Auflage erscheint und in der Fg nochmals vorgestellt wird.

Dieses Buch fand übrigens besonderen Anklang bei der italienischen Mitbürgerin Rosetta Storm, die für Heinz Schneider den Anstoß gab, die geschichtliche Leistung Helmut Kohls durch den vorstehenden Textbeitrag in der Fg zu würdigen.

Frau Storm zeigte sich zudem in einem persönlichen Statement sehr inter-

essiert an der deutschen Geschichte, wobei sie ihren Blick auf die Zeit der Teilung und den Beginn der neuen deutschen Einheit legte. Wichtig sei es, so Frau Storm, dass es viele Aufzeichnungen der Eltern und Großeltern gibt. Dies ist, wie wir es alle wissen, ein Anliegen, das VOS und Freiheitsglocke schon lange verfolgen und das auch ein Motiv für die Zeitzeugenveranstaltungen ist.

Zu den unübersehbaren Verdiensten von Helmut Kohl zählt auch der Abzug des millionenstarken Besatzungsheeres der sowjetischen Armee. Kaum noch erinnert sich jemand daran, welche Kolonnen an Truppenfahrzeugen täglich über die DDR-Straßen rollten und wie viele Kasernen in der kleinen DDR von den Sowjets okkupiert waren. Zu diesen Objekten hatte kein noch so hoher DDR-Funktionär Zugang, und niemand aus der SED-Führung wusste, in welcher Gefechtsstärke und in was für einer Stufe der Alarmbereitschaft das sowjetische Militär hier ausharrte. Putin selbst hat bewiesen, wozu sein Land fähig ist, lässt man ihm auch nur einen Millimeter zu viel Spielraum. Heutzutage weiß man nicht, wie viele Milliarden Deutschland der Abzug der Besatzer gekostet hat. Man sollte jedoch davon ausgehen, dass hierfür keine einzige D-Mark verschenkt worden ist. A.R.



Die „Wiedervereinigung“ mit der Krim und andere Irrtümer

Die bizarr dreisten Vorgänge in Wladimir Putins eigenständiger Kopfwelt

Russlands Zar Wladimir Putin lebt in seiner eigenen Welt. Mit dieser Feststellung ist nicht nur das Gebiet gemeint, das er willkürlich durch seine Landesgrenzen abgesteckt hat. Es geht auch um jene Welt, die in seinem Kopf existiert. Eine Welt, die – wir wissen es längst – von den Welten der demokratischen Politikerinnen und Politiker des Erdballs abweicht.

Nach wie vor ist Wladimir Putin der Meinung, er könne sich an den Territorien anderer Länder bedienen, wie es ihm beliebt und deren Politik so manipulieren, dass er seine Interessen durchsetzen kann. Und wenn er wegen seiner Übergriffe von außen kritisiert bzw. zur Rede gestellt wird, gibt er sich beleidigt und aggressiv. Die Welt – außerhalb von Putins Reich – kennt seine meist steinerne Miene, zu der irgendwie kein Lächeln passen will.

Nun ist Putin – mal wieder – recht schonungslos wegen seiner militärischen Expansionen öffentlich angezählt worden. Noch dazu im eigenen Land, am eigenen großen Feiertag, vor seinen eigenen Landsleuten und nicht zuletzt im Beisein der letzten überlebenden Sieger aus dem Großen Vaterländischen Krieg. Und das ausgerechnet von Angela Merkel, einer Deutschen, die in der ersten Hälfte ihres Lebens die kommunistische Diktatur unter Führung eines Chruschtschow und eines Breschnew erleben durfte und die es trotz allem in ihrer großzügigen Art bisher meist gut mit ihm meinte und die verhindert hat, dass Russland für die Annexion der Krim und das kriegerische Gestänker in der Ukraine nicht noch schlimmere als die bisherigen Sanktionen hinnehmen musste.

Die deutsche Kanzlerin bezeichnete den Angriff Russlands auf die Krim und deren Einverleibung in Putins Reich als eine „verbrecherische Annexion“. Diese Bezeichnung will man im Kreml überhaupt nicht hören. Laut Putin ist der Raub der Krim keine Annexion, sondern eine „Wiedervereinigung“.

Natürlich ist der Welt das Vokabular aus den finsternen Vorzeiten nicht fremd. Die zum Glück verschwundene Sowjetunion benutzte es bei ihren widerrechtlichen militärischen Einmärschen in andere Länder, und sie handelte danach. Da kamen „Hilferufe“ aus Afghanistan (1979), aus Prag (1968), aus Budapest (1956) und 1953 aus Ost-Berlin. Und prompt marschierten die Moskauer Truppen samt ihren Panzern ein und unterdrückten fremde Völker und räumten alle aus dem Weg, die sich ihm in denselben stellten.

Russland verfährt nicht anders. Daher ist es gut und wichtig, dass das immer wieder ausgesprochen wird und dass Putin begreift, dass es noch Regierungen und Völker gibt, die sich nicht vor seinem Militär und seiner durchsichtigen Demagogie fürchten oder überhaupt beeindruckt lassen.

B. Thonn

*Mutter Gottes, Jungfrau,
vertreibe Putin*

Vertreibe Putin, vertreibe Putin

Aus dem Anti-Putin-Lied der Punk-Gruppe Pussy Riot, deren Mitglieder eingesperrt wurden

Geschichte und Geografie leider nur „Ungenügend“

Jörg Bilke kämpft vehement gegen die Oberflächlichkeit in der Medienlandschaft an

☞ Der nachfolgende Textbeitrag ist ein persönlicher Brief vom 28. März 2015 unseres Kameraden Dr. Jörg Bernhard Bilke an den rtv-Redakteur Matthias Roth, in dem es um die Ausstrahlung des Fernsehfilms „Nackt unter Wölfen“ geht. Die Fehler, die vom Sender gemacht wurden, sind so offensichtlich, dass es keiner weiteren Erläuterungen bedarf, der Text von Jörg Bilke deckt alle Informationen ab.

Sehr geehrter Herr Roth,

Ihr Mitarbeiter, der in der Ausgabe 13 von rtv die Einführung in den Film „Nackt unter Wölfen“ geschrieben hat, weiß offensichtlich nicht, wo das KZ Buchenwald gelegen hat und wo die amerikanischen und die russischen Truppen beim Kriegsende 1945 standen.

Hätte er das gewusst, hätte er den Satz „Dort, in den letzten Tagen vor der Befreiung durch die Rote Armee, ist die Handlung angesiedelt“, nicht geschrieben!

Buchenwald liegt bei Weimar in Thüringen. Das Konzentrationslager wurde nicht von der Roten Armee befreit, sondern am 11. April 1945 durch amerikanische Truppen. Die nämlich hatten 1945 Thüringen und Westsachsen, einschließlich der Städte Leipzig und Chemnitz, besetzt. Von dort zogen sie sich im Juli 1945 zurück und überließen das Gebiet den Russen, im Austausch dafür bekamen sie das spätere Westberlin.

Auch die Geschichte mit dem geretteten Kind wirkt nicht überzeugend. Im Konzentrationslager Buchenwald waren 900 Kinder eingesperrt, warum dann ein dreijähriges Kind vor der Wachmannschaft versteckt werden musste, versteht der Leser nicht.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. J. B. Bilke

#



Die Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 bleibt auch in diesem Jahr unvergessen: Bei dem tollkühnen Versuch, zum zweiten Mal eine SM 70 Selbstschussanlage abzubauen, wird Michael Gartenschläger von heimtückisch lauernenden DDR-Posten erschossen. Das Foto zeigt die Kranzniederlegung an seinem Ehrenkreuz.

Wir leckten den Raureif von den Wänden ab

Wolfgang Lehmann hat nichts von dem vergessen, was er unter den Sowjets erleiden musste

Vor 65 Jahren war in den Weiten der Sowjetunion ein langer Güterzug mit Viehwaggons in Richtung Westen unterwegs. In ihnen befanden sich mehrere hundert Männer, die Anfang April in Stalinsk-Kusnezsk (Sibirien) auf die Reise gegangen waren. Darunter war auch ich, gerade 21 Jahre alt geworden. Ich befand mich in freudiger, aber auch beklemmender Erwartung, endlich in die Heimat zu gelangen, denn ich hatte bittere Erfahrungen mitgenommen.

Seit meiner Ankunft in Sibirien im März 1947 arbeitete ich in einem Sägewerk, das direkt an unser Lager angrenzte. Die zu verarbeitenden Baumstämme wurden in hochbordigen offenen Güterwagen angeliefert, die auf dem Rückweg mit Steinkohle aus dem nahegelegenen Schacht beladen wurden. Im Sommer 1948 kam ausnahmsweise ein Zug mit geschlossenen Viehwagen an. Ihm entstiegen Kriegsgefangene, die in Moskau eingestiegen waren mit der Maßgabe, nach Hause zu fahren. Stattdessen stiegen sie in Sibirien aus!

Im Frühjahr 1949 wurden einige sogenannte Aktivisten und Bestarbeiter aus unserem Lager unter Begleitung einer sowjetischen Militärkapelle in Richtung Stadt verabschiedet, um nach Hause zu fahren. Als ich im Dezember 1949 in ein Lager in Stalinsk-Kusnezsk verlegt wurde, traf ich diese Kameraden dort an! Ende April erreichte unser Zug Brest-Litowsk, die Grenzstadt zu Polen. Wegen der anderen Spurweite der Eisenbahn mussten wir in einem anderen Zug weiterfahren. Zunächst wurden aber alle erst einmal nach einer alphabetischen Liste aufgerufen.

Da noch kein Anschlusszug verfügbar war, wurden wir in zwei Lager eingewiesen, wobei man die Gesamtmenge in zwei Hälften teilte. Allerdings blieb einer übrig. Der Offizier fragte nach seinem Namen. Es war Rolf Hartwig, gebürtig in Neustrelitz, heute wohnhaft in Dreieich. Er fand ihn nicht in der Liste. Da hängte er ihn einfach an das Ende der ersten Hälfte an, in der ich mich ebenfalls befand.

Aus mir nicht bekanntem Grund fuhr die zweite Hälfte zuerst nach

Hause. Auf das höchste gespannt, wartete ich auf meine Weiterreise. Endlich wurden wir aufgerufen. Aber einige Personen vor mir ging die Schranke des Lagertors herunter. Nach einer sich endlos hinziehenden Nacht wurde am nächsten

Häftlings = Schicksal

Tag wieder aufgerufen. Lehmann (LE) ging durch das Tor. Kurz danach ging die Schranke wieder herunter, vor meinen Freunden Hans-Joachim Lohe (LO), heute in Guben wohnhaft, und Wolfgang Looß (LO), heute in Chemnitz wohnhaft. Sie blieben mit dem Rest ‚unserer‘ Hälfte zurück. Besonders tragisch traf es Rolf Hartwig, der 1950 nach Hause gefahren wäre, wenn er an der richtigen Stelle im Alphabet eingeordnet worden wäre. So traf ihn auch dieses Schicksal. Sie wurden zum Arbeiten später sogar in die Ukraine gebracht und durften erst nach zwei weiteren Jahren Haft (ohne Verurteilung!) in die Heimat zurückkehren. Am 28. Mai 1952 wurden sie in Bischofswerda als ‚politische Häftlinge‘ entlassen und hatten dadurch Nachteile in der DDR, z. B. durfte keiner studieren.

Am 1. Mai 1950 fuhr ich tatsächlich mit dem Zug nach Frankfurt/Oder, wo ich am 3. Mai einen Entlassungsschein als Kriegsgefangener bekam, obwohl ich nicht Soldat gewesen war.

Am nächsten Tag meldete die DDR-Presse, damit seien nun alle Kriegsgefangenen nach Hause zurückgekehrt. Nur wenige Kranke und die als Kriegsverbrecher Verurteilten seien noch in der Sowjetunion. Von unseren in Brest-Litowsk zurückgebliebenen Kameraden war natürlich nicht die Rede.

Von Frankfurt/Oder aus nahm ich zunächst den Sonderzug, der in die französische Zone fuhr. Um meinen Heimatort Großräschen zu gelangen, musste ich in Cottbus umsteigen. Auf dem Bahnhofsvorplatz waren etwa 100 Menschen ver-

sammelt, da sich die Ankunft eines solchen Zuges in Windeseile herumsprach. Ich bekam immer wieder die Frage gestellt: „Sind noch welche zurückgeblieben?“ Etliche Leute hielten mir Fotos entgegen. Da ich in Frankfurt/Oder eine Schweigeerklärung unterschrieben hatte, habe ich nicht geantwortet, sondern mich mit Tränen in den Augen wortlos traurig abgewandt.

Am Bahnhof in Großräschen erwarteten mich meine Mutter und meine beiden Schwestern, 13 und 8 Jahre alt. Mein Vater wurde als Soldat im Februar 1945 als vermisst gemeldet und blieb es bis heute.

Am 24.10. 1945 war ich als 16-jähriger aus der Schule weg von der deutschen Miliz verhaftet und der sowjetischen Militärkommandantur übergeben worden. Einen Haftbefehl gab es nicht! Aus meinem Wohnort Großräschen/ Niederlausitz teilten damals die meisten Jungen zwischen 12 und 17 Jahren mein Schicksal. Die Mehrzahl von ihnen ist in der nachfolgenden Gefangenschaft elendiglich umgekommen. Im sogenannten GPU-Keller (sowjetische Geheimpolizei) in der Kreisstadt Calau wurde mir unter Folter das Geständnis abgepresst, ich sei als Werwolf (Partisan) tätig gewesen, was nicht einmal ansatzweise der Wirklichkeit entsprach. Ich hatte bis dahin und auch später nie eine Waffe auf einen Menschen gerichtet. Später im Gerichtsgefängnis in Cottbus, wo ich mehrere Tage in Einzelhaft gehalten wurde, widerrief ich vor einem Militärgericht meine Aussagen. Daraufhin schlug man mich vor diesem Gericht nieder und schleifte mich in meine Zelle. Wenig später brachte man mich in das Sowjet-KZ Ketschendorf, das heutzutage verharmlosend Internierungslager genannt wird. Es war eines der elf Konzentrationslager in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, von denen drei von den Sowjets sofort weiterbetrieben wurden. Schon Anfang April 1945 hatten die Sowjets die Wohnsiedlung des Reifenwerkes Fürstenwalde zu diesem KZ umgewandelt. Vorgesehen war sie für etwa 500 Bewohner. → S. 13 oben

→ Nun waren dort bis zu 10.000 Menschen, von 12 bis 72 Jahren, eingepfercht. Ich war mit etwa 1.200 anderen Jugendlichen in einem ehemaligen Acht-Familienwohnhaus *einquartiert*. Die restlichen Häuser waren von erwachsenen Gefangenen belegt. Die ersten Nächte musste ich auf einer Betonstufe einer Kellertreppe schlafen, bis durch Todesfälle ein Platz unter einer Pritsche im Keller, von der nachts Wanzen herabfielen, frei wurde. Wir schliefen auf dem Betonboden oder Holzpritschen, alle dicht an dicht auf einer Seite liegend. Es gab keinerlei Bettzeug. Wenn sich jemand umdrehen wollte, weil er es vor Schmerzen am durchgelegenen Beckenknochen nicht mehr aushalten konnte, mussten sich alle anderen auch umdrehen. Während die Erwachsenen zu Arbeiten, die zur Aufrechterhaltung des Lagers notwendig waren, z. B. die Toten in großen Massengräbern würdelos einzuscharren, herangezogen wurden, waren wir Jugendlichen zum Nichtstun verdammt. Die Verpflegung war so schlecht und gering, dass in kurzer Zeit etliche Mangelkrankheiten auftraten. Geschwüre und Eiterstellen wurden mit Chlorwasser abgewaschen, andere Medikamente gab es nicht.

Ende 1946 wurde ich zusammen mit anderen Jugendlichen und Erwachsenen zu einer 'medizinischen' Untersuchung geholt, die wir 'Arschbackendiagnose' nannten, weil sie aus nichts anderem bestand, als dass eine Ärztin in eben diese Körperregion hineinkniff. So nackt vor einer Frau zu stehen, empfand ich wie eine seelische Vergewaltigung. Danach wurden wir gesondert untergebracht, ohne zu wissen, was mit uns geschehen wird. Wir bekamen Winterkleidung. Bis dahin hatte ich von meiner Verhaftung an Tag und Nacht in denselben Sachen gelebt, die nie gewaschen wurden. Am 31. Januar 1947 fuhren wir dann von Frankfurt/Oder in Viehwaggons, die keine Fenster besaßen und immer verschlossen waren, weg, einem uns unbekanntem Ziel entgegen. Die Verpflegung bestand überwiegend aus Trockenbrot, Salzheringen und Tee. Letzterer war so knapp, dass einige ihren eigenen Urin getrunken haben. Schließlich leckten wir den Raureif von den Wänden ab.

Die Wandflächen teilten wir untereinander auf.

Nach einem Kurzaufenthalt in Moskau zum Waschen und Entlausen hielt unser Zug am 6. März 1947 in Prokopjewsk/Sibirien, nach 5 Wochen Fahrt, die ich nur im Sitzen zugebracht habe, weil im Waggon kein Platz zum Liegen war. Ich stieg aus und fiel vornüber in den Schnee, den ich mit den Händen in den Mund schaufelte; genauso wie die anderen. Diesmal tatsächlich zu unserem Wohl, prügeln uns die Wachposten hoch, denn wir wären daran gestorben.

Unsere Unterkunft bestand aus in die Erde gegrabenen Holzhäusern. Nur das Dach schaute heraus. Es war ein großer Raum, in dem stählerne Doppelstockbetten standen. Hier hatte ich, zum ersten Mal seit meiner Verhaftung am 24. Oktober 1945, wieder in ein Bett nur für mich allein. Unsere Kleidung bestand im Sommer aus leinener Unterhose, Unterhemd, Hose und Bluse, Fußlappen und Gummigaloshen. Für den Winter wurde die leinene Oberbekleidung gegen wattierte Hosen und Jacken sowie die Galoschen gegen Filzstiefel ausgetauscht. Persönlichen Besitz durften wir nicht haben.

Bei der Einteilung in Arbeitskommandos kam ich glücklicherweise zum Sägewerk, das sich gleich neben unserem Lager befand, davon nur durch einen hohen Bretterzaun und zwei Stacheldrahtzäune getrennt. Damit blieben mir weite Fahrten auf offenen Lkw, auch bei Schneesturm, zu anderen Arbeitsstätten erspart.

Unsere Wachmannschaften waren sehr stark ideologisch gegen uns aufgehetzt worden. Unter anderem hatte man ihnen erzählt, dass deutsche Soldaten sowjetischen Kindern die Finger abgeschnitten und die Augen ausgestochen hätten. Bei näherer Bekanntschaft mit uns konnte sich das keiner mehr vorstellen. Um aber entspannte Beziehungen gar nicht erst aufkommen zu lassen, wurden die Wachmannschaften alle drei Wochen ausgewechselt.

Im Sommer 1948 durften wir zum ersten Mal auf einer Doppelkarte vom Internationalen Roten Kreuz an unsere Angehörigen schreiben.

Damit erfuhr meine Mutter seit meiner Verhaftung, dass ihr Sohn noch am Leben war. Sie wusste aber nicht, wo ich mich befand. Die zweite Hälfte dieser Karte blieb unbeschrieben und durfte von ihr zurückgeschickt werden.



Die tiefste Temperatur, die wir dort erlebten, war - 42 °C.

Gegen Ende des Jahres 1949 wurde unser Lager aufgelöst. Genau am Weihnachtsabend wurde ich nach Stalinsk-Kusnezsk gebracht, wo ich wieder in einem Sägewerk arbeitete, bis sich am 8. April ein Güterzug mit mir in Richtung Europa in Bewegung setzte.



Wir alle waren Zwangsarbeiter und Gefangene, und ich frage mich, ob sich je in Deutschland ein Politiker oder die Presse auch für unsere Schicksale einsetzen wird?

Unsere Personalakten aus Sibirien, die heute noch in Moskau in einem Staatsarchiv 'gehütet' werden, sind nach Dekret von Boris Jelzin für 75 Jahre unter Verschluss zu halten. Warum wohl?

Wolfgang Lehmann, April 2015

Die Abbildung zeigt den Entlassungsschein, ausgestellt in russischer Sprache. – Wolfgang Lehmann ist auch als Zeitzeuge aktiv.

Eine Vielzahl an Todesmomenten und schlimmen Jahren überstanden

Ein nachträglicher Geburtstagsgruß an einen keineswegs vergessenen 92-Jährigen VOSler

Ganz zu Recht beschwerte sich (auf höfliche und korrekte Art) unser Kamerad Günter Prescher aus Cottbus, dass er in der vorigen Fg-Ausgabe keine Geburtstagsglückwünsche bekommen hat. Redakteur und Vorstand ist es jedoch eine Herzensangelegenheit, dies umso deutlicher nachzuholen:

Lieber Kamerad Prescher, dein Name und dein Geburtstag sind keineswegs mit Vorsatz von uns in der Gratulationsrubrik unterschlagen worden. Vielmehr liegt hier ein Übermittlungsfehler zugrunde, da die Verbindung zwischen der Bundesgeschäftsstelle der VOS und meinem Redaktionsbüro vorwiegend über das Internet läuft und manchmal Daten übersehen werden oder sogar verlorengehen. Dies hat in deinem Fall dazu geführt, dass der Geburtstag nicht erwähnt worden ist. Zudem sind wir aus Kostengründen personell nicht gerade optimal aufgestellt.

Demnach hat auch niemand den Verdacht geäußert, dass du vielleicht deinen Beitrag nicht rechtzeitig und nicht vollständig bezahlt haben könntest. In dieser Hinsicht (und übrigens auch in manch anderer), lieber Kamerad Prescher, gehörst du wie die übrigen Kameradinnen und Kameraden deiner Generation zu den Vorbildern für jene jüngeren VOS-Mitglieder, von denen die Überweisung mitunter auch mal absichtlich vergessen wird!

Wir alle hoffen nun, dass wir dich mit diesen Zeilen beruhigen, zugleich etwas aufmuntern und für

das weitere Interesse an unserem Verband und der Zeitung motivieren konnten. Und natürlich gehen wir davon aus, dass wir noch oft Gelegenheit haben werden, deinen Namen in der Freiheitsglocke zu nennen. Sei es aus Anlass vieler weiterer Geburtstage oder einfach, weil du etwas berichten willst, womit du uns dann eine Freude machen würdest.



Zur Person:

Kamerad Günter Prescher wurde am 28. Mai 2015 stolze 92 Jahre alt. Da er in den Neuen Bundesländern beheimatet ist, konnte er der VOS erst nach dem Mauerfall – im Jahr 1992 – beitreten. Er gehört dem Verband nunmehr 23 Jahre an und ist seinen Pflichten allezeit

nachgekommen. Glücklicherweise ist er geistig voll auf der Höhe und – wie man dem Bild entnehmen kann – durchaus noch fotogen.

Seine Haft- und Kriegserlebnisse sind hingegen nicht so erfreulich wie sein großartiger geistiger Zustand. Mit den stehenden Ovationen der Mitschülerinnen und Mitschüler sowie des Lehrkörpers wurde Günter Prescher direkt von der Oberschule zum Militär geschickt und sowohl als U-Boot-Fahrer im Atlantik wie auch als Marine-Infanterist in der Festung La Rochelle eingesetzt. Dass er den gefährlichen Dienst lebend überstand, bezeichnet er heute als glückliche Fügung. Es sind unzählige Todesmomente, die er durchlitten hat und an die er sich immer noch erinnern kann.

Schließlich bescherte ihm das Leben noch acht Jahre Gefangenschaft, von denen er 5 ½ in Bautzen und Brandenburg verbringen musste. Dass er heute noch so fit ist und sich seine große Familie an ihm freuen kann, bezeichnet er selbst als ein Wunder. Aber da geht es ihm wie vielen anderen aus der Generation der 80- und 90-Jährigen: Das Leben, auch das Leiden, hat diese Kameradinnen und Kameraden hart gemacht, sie können und konnten viel ertragen und sind heute auf die Erfüllung ihrer Pflichten festgelegt. Aber sie wissen nach all den Entbehrungen nunmehr auch den unscheinbareren Dingen des Lebens Sinn und Freude abzugewinnen. AR



Gedenken am 17. Juni in Berlin

Wie in jedem Jahr lud die VOS anlässlich des Gedenkens an den Volksaufstand vom Juni 1953 zu einer Veranstaltung an den Opferstein am Berliner Steinplatz ein. Die Vertreter der Politik und der Institutionen folgten der Einladung, und Kamerad Hugo Diederich (Foto 1.) verlas aus aktuellem Anlass einen Brief von Joachim Fiedler (Jahrgang 1917), der 1953 einer der Streikführer war. Der Brief ist an Bundespräsident Gauck gerichtet und erklärt die heutige schwierige Situation vieler politischer Haftopfer der SED-Diktatur. Er wird in der nächsten Fg gedruckt. AR

Opfern des DDR-Regimes bleibt die angemessene Würdigung versagt

Gruppe für Gerechtigkeit von SED Opfern fordert entscheidendes Umdenken in allen Belangen!

Anlässlich des Gedenktages des Volksaufstandes aus dem Juni 1953 verfasste die Gruppe für Gerechtigkeit von SED Opfern unter Führung von VOS-Mitglied Mike Mutterlose eine Denkschrift, in der zusammengefasst eine wesentliche Verbesserung der Situation ehemaliger politischer Häftlinge und ein strengeres Vorgehen gegen die Täter von einst gefordert wird. Das Schreiben, das nachstehend veröffentlicht wird, wurde an den Bundespräsidenten, die Kanzlerin, den Bundestagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien geschickt.

In den nächsten Tagen jährt sich zum 62. Mal ein Termin in der deutschen Geschichte, auf den wir alle sehr stolz sein können. Vor 62 Jahren standen mutige Frauen und Männer in der DDR gegen das SED-Regime auf. Der 17. Juni 1953 wurde zu einem Tag, der fast das Ende der DDR besiegelt hätte. Nur durch den Einsatz der stationierten Sowjetischen Besatzungstruppen auf dem Gebiet der DDR wurde dieser Aufstand blutig niedergeschlagen. Was folgte, war eine Welle von Verhaftungen und Todesurteilen bis zu standrechtlichen Erschießungen durch die Sowjets. Viele mutige Bürger landeten in DDR-Zuchthäusern mit katastrophalen Bedingungen und schlimmster Behandlung! Viele Deutsche flohen in die Bundesrepublik, über die noch nicht so stark befestigte innerdeutsche Grenze.

Das SED Regime konnte mit Hilfe der Sowjets die DDR weiter stabilisieren. Es folgte der Mauerbau mit unendlichen 28 Jahren Trennung beider deutschen Staaten, und erst 1989 gelang die friedliche Revolution, durch den versagten Einsatz von Sowjetischen Besatzungstruppen durch den damaligen KPDSU-Vorsitzenden Michael Gorbatschow. Den mutigen Opfern der politischen Repressionen des DDR-Regimes bleibt aber eine angemessene gesellschaftliche herausragende und finanzielle Würdigung vom wieder-

vereinigten Deutschland bis zum heutigen Tage versagt!

Wir Opfer des SED-Regimes fordern Sie alle auf, endlich den Menschen die durch Mut und Zivilcourage unter Verlust der Gesundheit und Einsatz des Lebens dem SED-Regime ausgeliefert, inhaftiert, zwangsadoptiert, deportiert, in Jugendwerkhöfe weggesperrt wurden, durch Zersetzungsmaßnahmen des MfS der DDR an Leib und Seele geschädigten Menschen, eine angemessene, herausragende Würdigung für das erlittene DDR Unrecht zu erteilen! Wir bitten und fordern Sie auf:

- Die monatliche Ehrenpension soll auf 750.- Euro angepasst und die Bedürftigkeit für den Erhalt der Ehrenpension mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.
- Gesundheitsschäden durch die Haftzeit müssen unbürokratisch anerkannt werden.
- Ein jahrelanger Spießrutenlauf durch die Instanzen muss abgeschafft werden. Alles andere ist eine Fortsetzung von Unrecht!
- Das Leugnen von SED Unrecht sowie das Zeigen von DDR-Symbolen oder Verherrlichen der DDR-Diktatur ist unter Strafe zu stellen.
- Die Bundesrepublik Deutschland verleiht jedem anerkannten ehemaligen politischen Häftling und Opfer einen eigens neu dafür geschaffenen Orden für Tapferkeit und Patriotismus im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung.
- Diese Auszeichnung soll den schwerstbetroffenen Opfern des SED Regimes eine besondere Gesellschaftliche und herausragende Stellung geben.

- Strafvollzugseinrichtungen der ehemaligen DDR, die mit politischen Häftlingen des SED Regimes betrieben wurden, sind als Gedenkstätten so auszubauen, dass die nachfolgenden Generationen sich ansehen können, was dort passiert ist. Zeitzeugen und Initiativen zum Erhalt oder Betreiben der Gedenkstätten DDR Unrecht sind so finanziell auszustatten, dass es an nichts fehlt.
- Die Lehrpläne in den Schulen Klasse 9 sind so zu gestalten, dass die DDR Zeit ausführlich und anschaulich aufklärend gestaltet wird. Eine Verklärung der DDR ist nicht weiter hinnehmbar!
- Die Strafverfolgung von SED-Tätern (Aufsehern, Gefängnisleitern, Stasi Offizieren sowie Richtern und Staatsanwälten der ehemaligen DDR, die aus politischen Gründen Andersdenkende verfolgt und hinter Gitter gebracht haben), sind durch die Justizbehörden wieder aufzunehmen, soweit man ihnen habhaft werden kann! Die Anstellung im Öffentlichen Dienst oder sonstigen staatlichen Behörden muss ihnen versagt werden!

Gruppe für Gerechtigkeit von SED Opfern

Gedenkveranstaltung VOS Wurzen lädt ein

**19. September um 10 Uhr
Schloss in Wurzen Gedenktafel**
*Vor 70 Jahren fand der erste Transport von Kameraden aus Wurzen in das Lager Mühlberg statt. Es sprechen der Oberbürgermeister sowie die anwesenden Zeitzeugen aus Wurzen. (Fg/ FN)
Die Zellen sind geöffnet.*

Wir trauern um

Lothar Platz

Horst Schieber

Ingeborg Tasler

Werner Jahn

Armin Bernecker

Günther Wernicke

Bezirksgruppe Arnstadt/Gotha

Bezirksgruppe Zittau

Bezirksgruppe Freiberg

Bez. Gr. Reichenbach/Vogtland

Bezirksgruppe Suhl

Bezirksgruppe Hamburg-Gotha

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Es war nicht die Befreiung für alle!

Mutige Gegendemonstration am Ehrenmal Treptow zum Tag der Befreiung

Nicht nur die „alte Garde“ erschien am 8. und 9. Mai 2015 am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, um den Untergang des NS-Regimes und mehr noch die Errichtung der stalinistischen Diktatur in der Sowjetzone zu feiern, sondern auch einige tapfere Opfer desselben Regimes fanden den Mut, an das Unrecht zu erinnern, das sich mit dem Beginn eines fast halben Jahrhunderts Sozialismus' etablierte.

Das Foto zeigt Mario Röllig mit zwei seiner Mitstreiterinnen, die unverdrossen ihre Plakate zur Schau stellten. Die Parolen lauteten *Die Täter sind unter uns* und *Die Befreiung war nicht die Befreiung für alle*. Mario Röllig, der kurz zuvor in Moskau weilte, postete dieses Foto über facebook und gab hierzu folgenden Kommentar ab: „Es gab mehr Sowjetfahnen hier als kürzlich bei meinem Besuch in Moskau. Sogar das berühmt berüchtigte DDR-Kabinett aus Bochum (Sie feierten im letzten Jahr groß dort ‚65 Jahre DDR‘ in einer Schule, zusammen mit NVA- und Stasi-Generälen. Es gab auch ein Grußwort von Margot Honecker und Egon Krenz) und BüSo (augenscheinlich eine Sekte) waren da. Kleine Kinder in sowjetischen Weltkriegsuniformen fand ich am gruseligsten.



Die VOS dankt Mario Röllig und den anderen Beteiligten für die gelungene Performance und die gezeigte Zivilcourage. H. Diederich/ A. Richter

##

DDR-Heft des SPIEGEL erschienen

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel“ hat zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung in seiner Reihe „Geschichte“ eine Ausgabe „Die DDR. Leben im sozialistischen Deutschland“ (139 Seiten, 7,80 Euro) veröffentlicht, die an jedem Kiosk zu kaufen ist. Für uns Ex-Häftlinge ist besonders Seite 79 wichtig mit dem Titel „Staatsfeindinnen kleinhalten“. Dort ist ein Interview abgedruckt mit dem Dresdner Historiker Sebastian Lindner, der an einer Dissertation über den Strafvollzug im Zuchthaus Hoheneck arbeitet. Weitere Themen in diesem Heft „Der Riss. Die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann“, „Den Charakter korrigieren. Im ‚Jugendwerkhof‘ Torgau ging es zu wie im Knast“ und „Unbelehrbare Feinde“. Was die Stasi über die Oppositionsgruppen wusste“.

Jörg Bernhard Bilke

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 - 2655 23 80 und 030 - 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 - 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns

Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de.

Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- einheitlich für alle Mitglieder ab 2013 45,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement der Freiheitsglocke 24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Nummer 753/4 erscheint im Juni 2015 als Doppelausgabe

Redaktionsschluss der FG 751/2: 15. Juni 2015